

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/175

12. September 1972

Gesetz des Handelns liegt beim Kanzler

Notwendige Feststellungen zum Thema
Vertrauensfrage

Seite 1 / 40 Zeilen

Stefan Olszowski in Bonn

Ein neuer Schritt zur Verständigung mit
Warschau

Seite 2 / 35 Zeilen

Konsequenzen, denen niemand ausweichen darf

Nachwort zu den Olympischen Spielen 1972

Seite 3 / 47 Zeilen

Souveränitätsabgabe an die Gemeinschaft

Westeuropas Sozialisten kämpfen für die EWG

Von Herbert Kriedemann MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen
Fraktion des Europäischen Parlaments

Seite 4 / 47 Zeilen

Falsche Zahlen um Steuerreformpläne

Faktenkorrektur einer bösen "Bild"-Ente

Von Rainer Offergeld MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
minister für Wirtschaft und Finanzen und
Mitglied der Steuerreformkommission beim
SPD-Parteivorstand

Seite 5 / 35 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und

Eingliederung"

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 846 / 888 847/
886 848 PPP D

Gesetz des Handelns liegt beim Kanzler

Notwendige Feststellungen zum Thema Vertrauensfrage

Die Marge, die das Grundgesetz dem Bundeskanzler, der nicht über die Mehrheit im Bundestag verfügt, für den Versuch, die Position seiner Koalition und seiner Regierung zu verbessern, zubilligt, ist politisch und zeitlich denkbar knapp. Der Grundgesetzgeber wußte zweifellos, was er und warum er es in den Artikel 68 hineinschrieb, aber drei Wochen sind eben nur 21 Tage. Es ist das gute und das unbestreitbare Recht des Bundeskanzlers, heiße er wie immer er wolle und stehe er an der Spitze einer Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sei, die Chance voll zu nutzen, die ihm das Grundgesetz einräumt.

Die Entwicklung, die zu diesem Vorgang hingeführt hat, und der Vorgang selbst sind neu. Kein Politiker hat für einen solchen Fall Erfahrung sammeln können. Das schließt aber nicht aus, daß man sich auf allen Seiten, auf der der Regierung und ihrer Koalition sowie auf der der Opposition, ohne Wenn und Aber auf den Boden des Grundgesetzes und seiner eindeutigen Bestimmungen stellt und ohne Wenn und Aber respektiert, was dort geregelt ist und wird. Darin ist selbstverständlich inbegriffen, daß der Bundeskanzler den Termin, an dem er die Vertrauensfrage stellt, selbst wählt. Auch das gehört zu der ihm grundgesetzlich ermöglichten Chance, die jeder Bundeskanzler nützen kann, solange das Grundgesetz mit den Bestimmungen gilt, die heute dort geschrieben sind. Das entspricht auch den verfassungsmäßigen Gepflogenheiten in vielen anderen Demokratien dieser Erde.

Die Opposition läuft also vollends ins Leere, wenn sie dem Bundeskanzler entweder zu unterstellen versucht, daß er in der Wahl des von ihm zu setzenden Termins angeblich unentschlossen sei, oder ihm zugleich vorwerfen möchte, daß er sich geradezu unglaublich verhalte, wenn er heute noch keinen Termin nenne.

Die Opposition kann aus dem Risiko, das die andere Seite der Chance des Kanzlers ist, auch durch noch so hochgespielte Entrüstung nicht entfliehen. Sie wird dieses Risiko bis zum letzten Augenblick zu ertragen haben, bis zu dem Augenblick, in dem der Bundeskanzler handelt. Es ist hohe Zeit, daß sich die Opposition dieser ihrer Situation bewußt wird, sich darauf einstellt und dementsprechend auch redet. Das Gesetz des Handelns aber liegt beim Kanzler. (cc/ee/12.9.1972/hgy)

+ + +

Stefan Olszowski in Bonn

Ein neuer Schritt zur Verständigung mit Warschau

Der zweitägige Bonn-Besuch des Außenministers der Volksrepublik Polen, Stefan Olszowski, wird in der Bundesrepublik mit dem herzlichsten Interesse begrüßt, das diesem politischen und menschlichen Ereignis gebührt. Olszowski ist der erste polnische Außenminister, der seit Jahrzehnten nach Westdeutschland, in die BRD kommt, und damit erhält diese Staatsvisite ihren besonderen Charakter. Angesichts des aus der überaus leidvollen Geschichte gerade des polnischen und des deutschen Volkes erwachsenen Spannungen und Differenzen wird man den offiziellen Besuch dieses prominenten Warschauer Staatsmannes in Bonn mit Befriedigung und voller Hoffnung als eine wichtige Station auf dem langen Wege zur deutsch-polnischen Verständigung verzeichnen können.

In den Gesprächen, die Olszowski in Bonn u.a. mit dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister zu führen hat, werden neben Problemen, die sich weitgehend formalisiert haben, wie z.B. der Austausch von Botschaftern, Fragen zur Diskussion stehen, die aus eben dieser Vergangenheit heraus die Gegenwart schwer belasten. Es geht dabei um die Aussiedlung Deutscher aus Polen in die BRD sowie um die nicht weniger diffizile Wiedergutmachung vor allem an Menschen, die im NS-Staat zu Versuchsoptionen geworden waren. In diese beiden und die anderen Bereiche, über die Olszowski in Bonn sprechen wird, greift die Politik schroff hinein. Die Verhandlungspartner werden daher sehr behutsam und auch auf leicht verletzbare Gefühle bedacht zu beraten haben. Der Boden, auf dem sich Polen und Deutsche treffen, ist ein besonderes Pflaster.

Stefan Olszowski, der 1931 in Thorn (Toruń) als Sohn einer alten Philologenfamilie geboren wurde und noch ein preußisches Gymnasium besucht hat, also auch fließend deutsch spricht, ist in sich selbst aktiver Zeuge einer Zeit, die voller Spannungen, Leid, Opfer und Hoffnungen war und ist. Seine Karriere vom Jugend- und Studentenfunktionär bis zum Politbüromitglied ist beispielhaft. Warschau hat einen seiner wichtigsten Männer nach Bonn geschickt.

(ee/ee/12.9.1972/bgy

+ + +

Konsequenzen, denen niemand ausweichen darf

Nachwort zu den Münchner Olympischen Spielen 1972

Nie zuvor haben so viele Sportler und Nationen an sportlichen Wettkämpfen teilgenommen wie bei den XX. Olympischen Spielen in München. Eine solche Heerschar der Jugend vieler Völker hat die Welt noch nicht gesehen. Diese 17 Tage hielten ungezählte Millionen von Menschen in allen fünf Kontinenten in Bann. Sie waren fasziniert von der beschwingten Heiterkeit, die bis zum 5. September den Spielen ihren bestimmenden und gewinnenden Charakter gegeben hatten; fasziniert von der Gastfreundschaft, die in München, Augsburg und Kiel den Sportlern und den Gästen aus 120 Nationen entgegengebracht wurde; fasziniert von einem Deutschland, das sich endgültig vollends freigemacht hat vom zackig militärischen der Vergangenheit. Sie sahen ein weltoffenes Deutschland, dem ihre Bewunderung galt. Sie galt und gilt auch den Organisatoren dieser Spiele, die sich um das Ansehen der Bundesrepublik verdient gemacht haben.

Dann kam der 6. September, jener Tag, der die ganze Welt zutiefst erschütterte und dessen Auswirkungen im internationalen Bereich noch nicht zu übersehen sind. Wenn es bei diesem schrecklichen und aufwühlenden Geschehen einen gewissen Trost geben kann, dann doch nur den, daß die ganze gesittete Welt vor Abscheu aufschrie und den Terror von Fanatikern als Herausforderung an alle Menschen empfand. Jedermann weiß, daß auf universaler Ebene Mittel und Wege gefunden werden müssen, um diesen Terror zu brechen, weil er die Wurzeln der Gemeinschaft der Völker bedroht. Die Regierungen dürften und können nach dem, was der 6. September bedeutet, nicht mehr untätig bleiben.

Hier geht es um existenzielle Dinge. Hier hat sich ein Abgrund aufgetan, und es bedarf nicht erst der Erinnerung an die leidvolle Vergangenheit, um zu erkennen, wie dünn heute im letzten Drittel dieses Jahrhunderts das Gewebe internationaler Beziehungen ist und wie leicht es zerstört werden kann. Kühle Entschlossenheit, Mut und Weitsicht müssen hier am Werke sein, um die Gefahren abzuwenden, die alle bedrohen, oder sie zumindest auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Gefahren spiegeln den Zustand einer Welt voller Zerrissenheit und innerer Unruhe, einer Welt, in der blinder Haß und Zerstörungswut zu unheimlichen Triebkräften gehören.

Zunächst resultiert aus der Münchner Tragödie eine schwere Belastung der deutsch-arabischen Beziehungen. Es fehlt nicht an einsichtigen Stimmen, die vor weiteren Zuspitzungen warnen. Die politische Vernunft und die Kunst der Diplomatie haben hier einen langen und beschwerlichen Weg vor sich. - Das grausige Geschehen in München und Fürstenfeldbruck würde aber erst dann zu einer nationalen Tragödie - zu einer "nationalen Schande", wie die Londoner "Times" schrieb - wenn es Leute geben sollte, die das Massaker parteipolitisch ausschlachten und es darob zum innenpolitischen Schlagabtausch im bevorstehenden Wahlkampf kommen lassen wollten. Werden Appelle an die Besonnenheit aller Verantwortlichen noch in letzter Minute nützen? Gewiß, eine rückhaltlose Offenlegung, wie es zu dem Unfaßbaren kommen konnte, ist erforderlich; denn das sind wir uns selbst und der Welt schuldig. Wahrheit kann grausam sein, aber heilsam wirken. Die Aufhellung der Wahrheit darf aber nicht im Geiste der Parteilichkeit und in der Lust an nationaler Selbstzerfleischung erfolgen. Die Folgen wären unausdenkbar.

(ae/ex/12.9.1972/ks)

Souveränitätsabgabe an die Gemeinschaft

Westeuropas Sozialisten kämpfen für die EWG

Von Herbert Kriedemann MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

Mit einer zweitägigen Sitzung in Florenz haben die sozialistischen Mitglieder des Europäischen Parlaments ihre Arbeit nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand eine gegenseitige gründliche Informierung über die aktuellen Probleme in Frankreich, Dänemark, Italien und der Bundesrepublik. Dabei kam erneut zum Ausdruck, wie selbstverständlich es bereits wenigstens für die Sozialisten geworden ist, Fragen, welche die konservativen politischen Kräfte immer noch als eine "innere Angelegenheit" des einen oder anderen Staates behandeln, als eine Sache europäischer Innenpolitik zu verstehen. Daß solche Fragen nur von der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft gelöst werden können, ist für die Sozialisten längst eine Selbstverständlichkeit.

Darauf gründet sich dann ihre Kritik an jener Politik, die gerade in diesen Tagen wieder einmal am Beispiel der Wirtschafts- und Währungsunion erkennen läßt, daß sie entscheidende Beschlüsse verhindern will, ohne die die Gemeinschaft nicht überleben wird. Die Sozialisten sind unverändert davon überzeugt, daß Stabilität im Bereich der Wirtschaft und des Geldwertes ohne Beeinträchtigung des sozialen Fortschrittes sowie des für die unterentwickelten Gebiete der Gemeinschaft dringend erforderlichen Strukturwandels nur noch von der Gemeinschaft gewährleistet werden kann. Sie fordern daher von den Regierungen, wenn diese sich - hoffentlich - demnächst zur Gipfelkonferenz zusammenfinden, erneut den Verzicht auf so viel wie nötig nationale Souveränität, die ohnehin mehr eingebildet als tatsächlich verfügbar ist, und ihre Übertragung auf die Organe der Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal ausdrücklich das bestätigt, was in den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Parteien im Juni 1971 formuliert worden ist und was mit solcher Verbindlichkeit und Eindeutigkeit im Detail weder vorher noch nachher von irgendeiner politischen Gruppierung zur Europapolitik beschlossen worden ist.

Ein anderer wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Aussprache über die Lage in einigen assoziierten Ländern. Dabei wurden die Verhältnisse in Griechenland nicht weniger sorgfältig erörtert wie die Rassenkonflikte zum Beispiel in Uganda. Erneut lehnten die Sozialisten jede opportunistische Bewertung ab und bestätigten ihre Auffassung, daß ein Mindestmaß an demokratischer Rechtsstaatlichkeit die erste Voraussetzung für die Entwicklung besonderer Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und anderen Ländern bleiben muß.

In einer besonderen Erklärung drückte die Sozialistische Fraktion in eindeutigen Formulierungen ihren Abscheu gegenüber den Terrorakten in München aus und forderte die Regierungen der Mitgliedsländer auf, gemeinsam die Initiative für das Zustandekommen weltweiter wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung solcher Verbrechen zu ergreifen.

(-/ee/12.9.1972/ks)

Falsche Zahlen um Steuerreformpläne

Faktenkorrektur einer bösen "Bild"-Ente

Von Rainer Offergeld MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft
und Finanzen und Mitglied der Steuerreformkommission
beim SPD-Parteivorstand

Steuerbelastungsvergleiche muß man können: Selbst Leute, die einiges von Steuern verstehen, erliegen immer wieder der Gefahr (oder der Versuchung?), Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Was dabei herauskommt, ist bekannt: Obstsalat. Einen solchen Salat hat jüngst die "Wirtschaftswoche" angerichtet; "Bild" serviert ihn jetzt einer staunenden Öffentlichkeit.

Worum geht es? "Höhere Steuern fordert der Minister nur für andere", schreibt z.B. "Bild". Belegt wird diese Behauptung mit einem Steuervergleich zwischen einem Bundesminister, einem Freiberufler und einem leitenden Angestellten. Während hiernach der Freiberufler und der Angestellte durch die Steuerreform mit beträchtlichen Mehrbelastungen zu rechnen haben, kommt der Minister recht glimpflich davon.

Dieses auf den ersten Blick in der Tat verblüffende Ergebnis beruht darauf, daß man Unvergleichbares vergleicht: Die in der Rechnung gegenübergestellten Bruttobezüge des Ministers und die Einkünfte des Freiberuflers wie auch die Bezüge des Angestellten sind nicht nur steuerlich, sondern auch wirtschaftlich völlig verschiedene Größen. Im Beispiel des Ministers werden nämlich dem - steuerpflichtigen - Ministergehalt auch noch die - bislang steuerfreien - Diäten (noch dazu um 12.960 DM zu hoch angesetzt) zugerechnet, die allen Abgeordneten zustehen und zu einem erheblichen Teil Unkostenersatz darstellen. Die angenommenen Einkünfte des Freiberuflers hingegen sind um die entsprechenden Unkosten gekürzt. Das heißt: Für Zwecke dieses Vergleichs wird beim Minister das hinzugerechnet, was beim Freiberufler bereits abgezogen ist.

Im übrigen ist Dr. Erhard Eppler, auf dessen Person diese fragwürdige Rechnung abgestellt ist, ausgerechnet derjenige, der mit der von ihm geleiteten Steuerreformkommission der SPD eine Besteuerung der Abgeordnetendiäten gefordert hat. Und daß Eppler höhere Steuern nur für andere fordern, also Steuerreform zugunsten seiner eigenen Briefftasche betreiben soll, glauben wohl selbst die Erfinder dieser Rechnung nicht. (-/ec/12.9.1972/ks)